

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/IV/70 - 24. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Schwerer Abschied</u> Herbert Wehner, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	99
3	<u>Die Spuren schrecken</u> Vor 27 Jahren Ermächtigungsgesetz Eine notwendige Erinnerung Von Dr. Walter Menzel, MdB	41
4 - 5	<u>Vergiftete Jugend?</u> "Bund Nationaler Studenten" Eine rechtsradikale Organisation	100
6	<u>Rassenwahn - Kinderzeichnungen - Kurt Tucholsky</u> Bemerkungen zu drei Ausstellungen im Berliner Rathaus Kreuzberg	39
7	<u>Von Hassel als NATO-Strategie</u> Hintergründe eines Alleinganges	22
7	<u>Bonn weiß von nichts</u> Adenauers Versprechungen an Ben Gurion	32

Schwerer Abschied

Von Herbert Wahner,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die Bemerkungen über die Zeit- und Situationsbedingtheit der Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei zur vorjährigen Genfer Außenministerkonferenz, die ich vor einer Woche anlässlich des Jahrestages der Bekanntgabe des Deutschlandplans 1959 machte, haben reges Interesse gefunden. Es ist ihnen allerdings ungefähr ebenso ergangen wie dem Deutschlandplan selbst: Sie wurden nur in wenigen Fällen zitiert und in ihrer authentischen Form zum Gegenstand von Kommentaren gemacht, aber sie bewährten sich als Anreger für vielversprechende Überschriften und boten Anlaß zu nachrufartigen Artikeln. In der Betrübnis über die "Kindesaussetzung" trafen sich Max Reimann und einige sehr ernst zu nehmende Herren der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages. Man benahm sich bei einem Begräbnis und bemühte sich um die angemessene Trauer.

Nichts versöhnt so sehr wie die - wenn auch späte - Erkenntnis, wie viele Freunde man gehabt hat. Die Schwere des Abschieds der Gegner der SPD vom Deutschlandplan 1959 läßt ahnen, was sie sich von ihm noch erwartet hatten. Unter solchen Umständen nimmt man es hin, daß die meisten derjenigen, denen es so schwer gefallen ist, Abschied von ihren Vorstellungen vom Deutschlandplan zu nehmen, ihn zu der Zeit, für die er gemacht und gemeint war, kaum wirklich erkannt und geschätzt haben. Man wird gerührt, wenn nun wenigstens nachträglich Beziehungen hergestellt werden zwischen dem, was den Deutschlandplan nach Meinung beinahe amtlicher Kommentatoren auszeichnete und den aus Los Angeles und Palm Springs zu uns dringenden Kunden von vielsagenden und tiefgründigen Aussprüchen unseres Kanzlers.

Darf ich es mir erlauben, nachdem ich erkannt habe, was ich anrichtete, nun auch meinerseits einen Beitrag zu den Nachrufen zu leisten? Der Deutschlandplan des Jahres 1959 war nicht zuletzt auch ein Appell an die demokratischen Kräfte im geteilten Deutschland, sich gemeinsam um eine Lösung der Deutschlandfrage zu bemühen. Er setzte voraus, daß die demokratischen Kräfte im westlichen Teil Deutschlands sich der Aufgabe bewußt erweisen würden, als Demokraten die geschichtlich bedeutsame Chance zu nützen, die größtmöglichen Anstrengungen für die Lösung der brennenden nationalen Fragen der Deutschen, die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu unternehmen. Auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hätte man sich dabei verlassen können. Diese Partei hätte mit Hingabe alles getan, was in ihren Kräften steht, um die Demokratie als Staats- und Lebensform in ganz Deutschland durchsetzen zu helfen. Sie hätte zweifellos beachtliche Kräfte auch im anderen Teil Deutschlands erweckt, durch die das Potential der Demokratie wesentlich vergrößert worden wäre. Die SPD wäre damit nur ihrer Tradition treu geblieben, die Einheit Deutschlands zu wahren, wie sie es nach dem ersten Weltkrieg getan hat. Für die SPD bestand und besteht zu keiner Zeit die Versuchung, mit einer totalitären Partei zu kooperieren. Die Rechenexempel, die im vorigen Jahr angestellt wurden, bei denen es immer so aussah, als könne man Sozialdemokratische Partei und Ulbrichts "Einheitspartei" addieren, waren stets irreführend.

Als wir vor einem Jahr unsere Vorschläge zur Genfer Konferenz der Öffentlichkeit übergaben, wurde uns von der CDU der Vorwurf entgegen geschleudert, wir beabsichtigten, auch diesen Teil Deutschlands dem Bolschewismus preiszugeben. Von der anderen Seite aber schallte es aus den Sprachrohren der "Einheitspartei", unser Plan sei - besonders in seinen wirtschaftlichen Teilen - ein Versuch, den Herrschaftsbereich der westdeutschen kapitalistischen Monopole auf die "DDR" auszudehnen. Jetzt, nachdem wir noch einmal deutlich gemacht haben, daß der Deutschlandplan zu keiner Stunde als Grundlage für eine partei-private Außenpolitik gedacht war, entdeckt man bei der CDU "Ratlosigkeit der SPD", während man sich auf der anderen Seite zu dem Schwur erhebt, den Deutschlandplan "verteidigen" zu wollen, komme, was wolle.

Über die "Ratlosigkeit" wollen wir nicht witzeln. Wir erinnern uns noch halbdunkel, daß unser Bundesaußenminister sich einmal als "ratlos" in Sachen Wiedervereinigungspolitik bekannt hat. Hinsichtlich der "Verteidigung", die Max Reimann angedroht hat, denken wir an jenes Wort, das für die Taktik als richtunggebend gilt, deren sich Kommunisten gegenüber Sozialdemokraten befleißigen sollen: "Die Sozialdemokraten stützen wie der Strick den Gehängten".

Was wir nun tun werden, möchte man wissen. Vor allen genau das, was dazu dienen kann, die von der Bundesrepublik aus zu treffenden Vorbereitungen zur bevorstehenden Gipfelkonferenz so weit wie nur möglich zu einem positiven Beitrag zu gestalten. Die Sozialdemokratische Partei hält sich in dieser Beziehung strikt an die Entscheidung ihres Stuttgarter Parteitag, in der übrigens auch der Deutschlandplan 1959 wurzelte. Zu den Kernstücken dieser EntschlieÙung (deren unverkürzten Wortlaut man übrigens sogar im amtlichen Protokoll des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 1958 nachschlagen kann), gehört die erklärte Absicht, alle erdenklichen Schritte zur Entspannung in Mitteleuropa zu tun und zu fördern, um damit auch einen Rahmen zu schaffen, in dem die Teile Deutschlands sich einander annähern könnten. Ein anderes Kernstück dieser EntschlieÙung ist die Erklärung, daß es unüberhörbarer Willenskundgebungen des deutschen Volkes bedürfe, um die vier Mächte zu bewegen, den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit freizugeben, wobei die Bevölkerung der Bundesrepublik vorangehen muß, um im Bund und in den Ländern endlich eine der Wiedervereinigung dienende Politik zu erzwingen. Es gibt noch Möglichkeiten, wirtschaftlich, sozialpolitisch und kulturell Bindungen zwischen den Teilen Deutschlands zu stärken und der Auseinanderentwicklung entgegenzuwirken. Es ist notwendig, den kalten Krieg und die ideologische Verhetzung innerhalb Deutschlands zu überwinden. Und es kommt darauf an, schließlich die Kombination von Schritten der vier Mächte und der beiden Teile Deutschlands zustandezubringen, die - gegebenenfalls in Etappen - zur Wiedervereinigung führt. Jedenfalls geht es noch immer darum - einschließlich der Bemühungen um die Entlastung Berlins von dem Druck sowjetischer Umarmungen -, die Ausweglosigkeit der bei langer Fortdauer der Teilung Deutschlands drohenden völkerrechtlichen Anerkennung der Endgültigkeit dieser Teilung zu verhindern. Die Sozialdemokratie ist in dieser Richtung zu jedem vernünftigen Schritt bereit.

Die Spuren schrecken

Von Dr. Walter Menzel, MdB

Heute, am 24. März 1960, jährt sich die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes von 1933 zugunsten Hitlers, in dessen damaliger ersten Koalitionsregierung auch die Deutsch-rationalen Volkspartei maßgeblich vertreten war. Alle Fraktionen des Reichstages, die rechts von der Sozialdemokratie saßen, beteiligten sich an diesem Endspurt gegen den Weimarer Staat. Kurze Zeit später bestanden ihre eigenen Organisationen auf Grund eben dieses Ermächtigungsgesetzes nicht mehr. Die Kommunisten, die im Parlament so häufig mit der Rechten gestimmt hatten, wurden die ersten Opfer ihrer Politik. Ihre Abgeordneten waren damals bereits zum Teil verhaftet.

So war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die einzige, die gegen das Gesetz stimmte. Unvergeßlich wird die Rede des Vorsitzenden der Partei, Otto Wels, bleiben, die unmißverständlich in ihrer Formulierung und mutig in ihrem Bekenntnis zu Freiheit und Recht war. Es war seine letzte Rede und zugleich die letzte parlamentarische Demonstration der SPD, ehe sich die Schatten über Deutschland senkten.

Das sind genau 27 Jahre her, und nun stehen wir seit Jahresfrist und zunehmend in den letzten Monaten wiederum unter dem massiven Druck der amtlichen Propaganda, ihrer Schwarzmalerei und der Macht ihrer Millionen Gelder aus den unkontrollierbaren Geheimfonds, die Öffentlichkeit sturmreif für neue Notstands- und Ausnahmegesetze zu machen.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Der politische Hintergrund des neuen Gesetzentwurfes der Bundesregierung über Ausnahmestände ist völlig anders als damals; der Inhalt läßt sich mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 nicht vergleichen. Aber ist es nicht schon erschreckend genug, daß wir uns bereits wieder mit möglichen Notstandssituationen befassen müssen? Wäre das alles für Zeiten des Krieges oder eines sonstigen äußeren Notstandes gedacht, man würde darüber nachdenken müssen. Aber - und das wird immer deutlicher sichtbar - man will sich den Weg offen lassen, alle jene Maßnahmen, die man für den äußeren Notstand fordert, auch im innerpolitischen Konfliktfall anzuwenden, d.h. auch in Friedenszeiten die Grund- und Freiheitsrechte beeinträchtigen und die Bundeswehr zu einem innerpolitischen Instrument ausbauen.

Hier liegt nach dem Gang der deutschen Geschichte die Gefahr des Mißbrauchs, und darum ist die Erinnerung an jenen 24. März 1933, der das Tor aufmachte für alles, was dann über uns kam und das letzten Endes auch der Ausgangspunkt wurde für die unselige deutsche Spaltung, so notwendig.

+ + +

Vergiftete Jugend ?

Der Bund Nationaler Studenten (BNS), eine militant rechtsradikale Hochschulorganisation, hat nach Angaben eines seiner Vorstandsmitglieder seine Mitgliederzahl von 450 auf 600 erhöhen können. Die Auflage seines Organs "Student im Volk", das sich über den BNS hinaus an alle "interessierten Kreise" von der DRP bis zum "Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" des Nazi-Poeten Dr. Böhme wendet, ist von 9000 auf 18 000 Exemplare gesteigert worden. Bekannt wurde der BNS durch Vorfälle in Heidelberg, wo BNSler einen gelähmten Medizinstudenten, der anderer Meinung war, zusammenschlugen und in Berlin, wo sie eine Hakenkreuzfahne entrollten. In Berlin wurde der BNS inzwischen als verfassungsfeindlich verboten. Der Verband Deutscher Studentenschaften hat durch seinen 2. Vorsitzenden Erich Kaut eine Dokumentation über den BNS zusammengestellt, die als Grundlage für diesen Artikel gilt.

Kl.M. - "Für Schäden an Körper und Kleidung wird keine Haftung übernommen!", stand auf der Eintrittskarte, die man für 30 Pfennige kaufen mußte. An der Kasse sitzt ein junger Mann mit Brille, am rechten Arm trägt er eine schwarz-weiße Binde: "Ordner!" Auf einem Tisch neben der Kasse liegen Zeitschriften, die sonst nicht an jedem Kiosk zu haben sind: "Nation Europa", "Deutsche Hochschullehrer-Zeitung", "Deutsche Wochen Zeitung", "Deutsche Soldaten Zeitung" und schließlich die BNS-Hauspostille "Student im Volk".

An diesem Abend hat der BNS Helmut Sündermann eingeladen, über das Problem der "Unbewältigten Vergangenheit" zu sprechen, und wahrhaftig hätte man keinen Zuständigeren finden können: Helmut Sündermann, einst stellvertretender Pressechef in Goebbels Propagandaministerium, heute Verlagsleiter des Druffel Verlags am Starnberger See, Paradepony der Ehemaligen und Neu-hinzu-Gekommenen, erfüllt die Erwartungen seiner Zuhörer. Zunächst bestreitet er jede deutsche Schuld an 2. Weltkrieg und "zu den Juden" meint er, es sei "ja alles nicht so schlimm" gewesen.

Der Slogan: "Wir sind nicht die Letzten von Gestern, sondern die Ersten von Morgen" wird zum vollen Bild abgerundet durch die Forderung: "Wir fordern die Pflege eines erbgesunden Nachwuchses! Keine Weiterreichung erbbiologischer Erbkrankheiten! Der Niedergang der Menschheit kann nur durch Förderung der sittlich starken Kräfte aufgehalten werden!" Sittlich stark sind natürlich nur BNS-Mitglieder, für die anderen gilt dann wohl dieses: "Man mußte auch bei uns erbkrankte Menschen, die ja meist unfähig sind, ihre eigene Lage richtig einzuschätzen und die durch hemmungslose Vermehrung dem Volksganzen ungeheueren Schaden zuzufügen, durch Zwangsmaßnahmen an der Fortpflanzung hindern!" ("Student im Volk" 5/59, S. 11).

600 Mitglieder

Der BNS ist nicht neu. Im Jahre 1956, ausgerechnet am 17. Juni, wurde er in Heidelberg von vier Studenten und sieben "fördernden Mitgliedern" (unter ihnen der Heidelberger DRP-Kreisvorsitzende Arndt)

von Peter Dehoust, stud. jur. an Heidelbergs Alma Mater, gegründet. Seitdem ist er ganz hübsch gewachsen. Nahezu an allen westdeutschen Universitäten bilden sich die kleinen, zähen braunen Haufen des BNS, zweimal im Jahr trifft sich der Gemeinschaftshaufen zu einer Delegiertenkonferenz. 600 Mitglieder weist er heute auf, und diese Zahl gewinnt erst dann ihre volle Bedeutung, wenn man weiß, daß auch die anderen politischen Hochschulgruppen nicht mehr als 2000 Mitglieder haben.

In der Argumentation des BNS wird an die Dummheit und die Dickfeiligkeit appelliert. Wie man sieht, nicht ohne Erfolg. Da werden ausländische Faschisten, von Oswald Mosley bis zu Maurice Bardèche und General Franco bemüht, Geschichte zu interpretieren, da werden Picasso, Thomas Mann und Franz Werfel in Gedanken an die Wand gestellt, da wird mit der mangelhaften politischen Bildung der Studentenschaft kalkuliert, und alles segelt unter der schwarz-weiß-roten Fahne des Nationalismus.

Woher kommen diese braunen Gestalten? Aus "national gesinnten Elternhäusern", wie die Mitglieder der rechtsradikalen Jugendverbände, aus "Nationalen Schülerkreisen", (BNS-Ideologe Günther Höhne: "Warum immer NS? Den Kommunisten fallen auch so schöne Namen ein!"), aus den Reihen derer, die glauben, man habe sie 1945 für ihre bräunliche Vergangenheit zu sehr gezwickt, aus dem Lager derer, die unter Vorwand eines allzu billigen ressentimentgeladener Antikommunismus die Hakenkreuz-Fahne wieder aufrichten wollen....

Sprache des Dritten Reiches

Man fordert ein "wiedervereinigtes Gesamtdeutschland in seinen ethnologischen Grenzen, wozu auch das Sudetenland und Österreich zu zählen sind!", man propagiert den österreichischen "Trommler", faschistisches Kampforgan des Hauses Windisch, in dem zu lesen stand: "Wir kennen also im Juden ein gegenwärtiges antisoziales Element", macht Reklame für den als kongenial angesehenen Schlam (William S.), kurz: Man hält den Niedergang der Menschheit dadurch auf, daß man das Wunschbild vom Großdeutschland, dem perfiden Engelland, dem Whisky-Säufer Churchill, dem Verräter und Kriegshetzer Roosevelt und dem bösen Erbfeind jenseits des Rheins wieder erweckt, und "Europa vor der bolschewistischen Gefahr" dadurch retten will, daß "man gen Ostland reitet".

Feldherrnwidwe und Gottesbekennerin Mathilde (L) Ludendorff, Kultusminister a.D. Schlüter (Göttingen), Hans-Ulrich Rudel, Dr. Herbert Böhme, ja selbst den "Reichspräsidenten a.D." Dönitz und Herrn Sündermann, Will Vesper und Hans Grimm, Venatier und Dr. Kleist, gehören zum Wachsfingurenkabinett, aus dem der BNS seinen Mythos schöpfen möchte und in dem man wirklich das kalte Grausen bekommen kann.

Die Mahnung des 20. Juli

Vom Ende der Konjunktur verspricht man sich ein Absinken der CDU-Stimmen, die dann der "kommenden Nationalen Opposition" zufallen müßten, da die SPD natürlich bolschewistisch zersetzt ist, und dann wäre ja die Zeit wieder gekommen, in der man ruhig von der tausendjährigen Größe des Deutschen Reiches sprechen darf, ohne daß ein aufmerksamer Staatsanwalt einen zu netten Monaten mit Staatsverpflegung einläßt. Um mit Erich Kuby zu reden: "Sie ha'm den Kanal noch lange nicht voll!" In Plötzensee, wo die Verschwörer des 20. Juli hingerichtet wurden, im BSW-Terminus: "Volksverräter", steht eine Tafel. In sie sind die Worte eingelassen: "Wir mahnen die Lebenden!"

Rassenwahn - Kinderzeichnungen - Kurt Tucholsky

H.G.S. - Es ist den Verantwortlichen im schönen und modernen Rathaus Berlin-Kreuzberg zu danken, dass sie drei Simultan-Ausstellungen über mehrere Wochen veranstalteten, die wohl in ihrer Art und Gleichzeitigkeit Seltenheitswert haben und von bedeutsamer dokumentarischer Kraft sind und deswegen besondere Aufmerksamkeit verdienen.

In der ersten Etage wird in Dokument und Wort, in erschütternden Fotos das Wesen des menschenvernichtenden Nazismus dargestellt und dabei vor allem auch der jüngsten bössartigen Nacht und Nebel-Hakenkreuz-Schmierereien durch Fotodokumente neuester Art, also auch Gerichtsfotos aus den Prozessen der Übeltäter gedacht. Man geht nur sehr befangen an den Bildern vorüber, die hier wohl zum ersten Male in einem deutschen Rathaus auch alle Grausamkeiten aus den Nazi-KZ's anprangern, den Fotodokumenten der Massenmorde und Geiseler-schiessungen. Aus wichtigen Werken des In- und Auslandes wurden sorglich diese Dokumente ausgewählt und Fotokopiert. Manche Eltern ziehen ihre Kinder enger an sich und gehen rasch an diesen Dokumenten der Unmenschlichkeit vorüber, denn es ist und bleibt naturgemäß problematisch, ob das Auge der Halbwüchsigen für diese Barbareien bereits fest genug ist.

In der zweiten Etage sieht man den Lebensweg und den einsamen Tod des 1935 in Schweden von uns geschiedenen Schriftstellers und Kritikers Dr. Kurt Tucholsky mit, der jetzt 70 Jahre alt geworden wäre. Die Ausstellung wurde bisher nur 1959 in Wien und dann in Hamburg gezeigt. Sie ist aus dem dokumentarischen Material des Tucholsky-Archivs in Raetach-Egern zusammengestellt. Aus Bild und Wort, Manuskript und Handschrift ergibt sich ein einzigartiges Bild des spannungsreichen Berlin von 1920-1930, die verträumte und doch so reale Sehnsucht eines exilierten deutschen Dichters, der ein ganzer Herr und Freier unter Knechtseelen war und sich nicht zu fein war, mit den "Genossen", den arbeitenden Menschen zu fühlen und zu kämpfen.

In der dritten Etage findet der Besucher dann eine wunder-same Sammlung von Kindergemälden und Kinderzeichnungen zum Thema "Brüderlichkeit unter den Rassen". Da spielt das Kind mit den vier Hautfarben und denkt dabei auch wohl an die Konfessionen. Den Kindern wurden Preise ausgesetzt und gerade die Kreuzberger Arbeiterjugend zeigt die allerstärkste Verbindung zu diesem schö-nen Stoff. Ein deutsches Rathaus im Dienste der Zeitgeschichte.

Von Hassel als NATO-Strateg

sp - Kai Uwe von Hassel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (GDU), ist jetzt unter die Strategen gegangen. Er meint, das nördlichste Land der Bundesrepublik müßte besonders militärisch geschützt werden, da es wegen seiner geographischen Lage "im Falle eines Angriffs aus dem Osten" außerordentlich gefährdet sei. - Nun fragt man sich in Kiel, warum ausgerechnet Herr von Hassel seinem Parteifreund, dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, ins Handwerk fuscht. Hat Herr von Hassel plötzlich eine militärische Ader entdeckt, oder glaubt er, daß sich seine strategischen Hochflüge in erhöhtes politisches Ansehen ummünzen lassen? Die letztere Vermutung scheint nahe zu liegen. Denn von Hassel hält sich zu Höherem berufen, als zu dem, was er jetzt tut. Er möchte in die Bundespolitik und bemüht sich, seinen Namen in die Schlagzeilen der bundesrepublikanischen Presse zu bringen.

Die Sache wäre weiter nicht interessant, wenn man nicht in Schleswig-Holstein vermuten würde, daß Herr von Hassel sogenannte militärische Ratgeber hat, die über ihn erreichen wollen, was sie selbst beim Verteidigungsministerium direkt nicht erreichen können. Die Verteidigungsplanung der NATO ist ein Ganzes; sie muß besonders im Norden Deutschlands in engster Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn erfolgen. Alleingänge werden in der Welt dasselbe Mißtrauen gegen die junge deutsche Demokratie hervorrufen, wie vor kurzen das "spanische Abenteuer".

+ + +

Bonn weiß von nichts

sp - Es war gut, daß Dr. Adenauer gleich in den ersten Tagen seines Aufenthaltes in den USA die Begegnung und das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Israels, Ben Gurion, suchte und fand -, weniger gut ist es, daß diese Begegnung nun ein höchst unerwünschtes Nachspiel zur Folge hat. Nach Meinung der "Jerusalem Post", der enge Beziehungen zum israelischen Ministerpräsidenten nachgesagt werden, hat Adenauer Israel einen deutschen Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar - also über 2 Milliarden DM - in Aussicht gestellt -, und zwar außerhalb der Zahlungen im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens. Ben Gurion, der große, alte Mann dieses jungen, immer noch um seine Existenz schwer ringenden Staates, wird solch' frohe Botschaft sicherlich mit großer Freude vernommen haben -, aber die Freude währte nicht lange. Das Bonner Auswärtige Amt war merkwürdig schnell mit einem entschiedenen Dementi zur Hand; auch die zuständigen Stellen im Wirtschaftsministerium wissen nichts von einem Kreditangebot. Die Angelegenheit ist umso peinlicher, als nach den Angaben der "Jerusalem Post" schon in den nächsten Wochen eine Delegation aus Israel in Bonn über Einzelheiten verhandeln sollte. Adenauer muß also mehr als unverbindliche Äußerungen in seinem Gespräch mit Ben Gurion getan haben. Tat er diese, um sich ein gutes Klima zu verschaffen? Jedenfalls hat er weder vorher noch nachher - freilich entspricht solches Verhalten seinem politischen Stil - es für nötig empfunden, das Auswärtige Amt oder das Wirtschaftsministerium zu verständigen. Das AA hatte, als die ersten Gerüchte über ein Kreditangebot auftauchten, eine für es recht bezeichnende Antwort parat: es führte diese Gerüchte auf "kommunistische Quellen" zurück. Damit versuchte das AA, Befürchtungen und mögliche Interventionen arabischer Staaten zu beschwichtigen. Was aber wirklich zwischen Adenauer und Ben Gurion gesprochen oder verhandelt wurde, bleibt verborgen. Es bleibt in jener zwielichtigen Atmosphäre, in der sich der Bundeskanzler zwar meisterlich bewegt, aber deren Ergebnis in den Haufen zerschlagenen Porzellans abzulesen ist. Was auf einer "Kleinen Weltreise" gesagt wird, soll nach dem Dementi in Bonn nicht mehr gelten.

+ + +
Verantwortlich: Günter Märkschäffel